

isch-ruthenischen Gebieten der Adelsrepublik vom 17. bis 20. Jh.“ vermittelt einen Einblick in die komplizierten Verhältnisse der östlichen Regionen Polen-Litauens nach der Lubliner Union. Manche seiner Thesen, wie die der integrierenden Funktion des Begriffs „Sarmatien“ im Bewußtsein der polnisch-litauischen Adelsgesellschaft – aufschlußreich ist der Hinweis, daß im 17. Jh. der Sarmatismus Kennzeichen einer spezifisch polnischen, mit dem Barock und der Gegenreformation verbundenen Adelskultur annahm – regen zur intensiveren Beschäftigung mit diesem Forschungsgegenstand an. Weitere Beiträge befassen sich mit der Konzeption des Landesbewußtseins in der Habsburgermonarchie 1815-1848, den nationalen Problemen in den litauisch-weißrussischen Gebieten am Anfang des 20. Jhs. und zwei Konzeptionen der nationalen Wiedergeburt Litauens am Ausgang des 19. Jhs.

Berlin

Stefan Hartmann

*Katharina II., Rußland und Europa. Beiträge zur Internationalen Forschung. Hrsg. von Claus Scharf. (Veröff. des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. für Universalgeschichte, Beiheft 45.) Philipp von Zabern Verlag, Mainz 2001. XXIII, 607 S. –* Das wiedererwachte Interesse am russischen 18. Jh. hat in diesem umfangreichen Sammelband, Ertrag einer internationalen Konferenz des Instituts für Europäische Geschichte Mainz in Zerbst vom August 1996, seinen Niederschlag gefunden. Von den 26 Beiträgen ist hier v.a. anzuzeigen: Martin Schulze Wessel (Halle): „Die Restitution Biron zum kurländischen Herzog 1762 als Zäsur in der russischen Ostmitteleuropapolitik des 18. Jahrhunderts“ (S. 59-73). Während bei Peter dem Großen die Wahrnehmung realer Interessen überwog, konnte Katharina II. die Überlegenheit der gewachsenen russischen Macht zur Geltung bringen und die russische Preußenpolitik mit einer neuen Dynamik erfüllen. Biron wird dabei als diplomatisches „Scharnier“ gesehen. Zofia Zielińska (Warschau) stellt in ihrem Beitrag „Katharina II. und Polen zu Beginn der Regierungszeit von Stanisław August: Politische Ziele und mentale Archetypen“ (S. 75-84) fest, daß Katharina in der Polenfrage die Konfrontation wählte; ihr einschränkendes Gesamturteil geht dahin, daß die russische Kaiserin eher emotional als rational reagiert habe. Einen Hinweis verdient schließlich die Aktenzählung von Karl Härter (Frankfurt/Main): „Möglichkeiten und Grenzen der Reichspolitik Rußlands als Garantmacht des Teschener Friedens (1788-1803)“ (S. 133-181). Nach dem Vf. bedeutete Rußlands Garantie „die völkerrechtliche Anerkennung der in den Verträgen von Münster und Osnabrück grundlegend fixierten Reichsverfassung“ (S. 181).

Berlin

Klaus Meyer

*Rainer Schmidt: Die Wiedergeburt der Mitte Europas. Politisches Denken jenseits von Ost und West. (Politische Ideen, Bd. 12.) Akademie Verlag, Berlin 2001. 196 S. (DM 97,40.) –* In der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und Hitlers „Machtergreifung“ sei, so R. Schmidt, die im 19. Jh. viel diskutierte Mitteleuropa-Idee in fast vollständige Vergessenheit geraten (S. 64). Er stützt sein Urteil auf H. C. Meyers 1955 erschienene Studie über die Bedeutung Mitteleuropas im deutschen politischen Denken zwischen 1800 und 1945. Dabei übersieht er aber, daß die Forschung seither den Nachweis dafür erbracht hat, daß gerade die Zwischenkriegszeit als Kulminationspunkt insbesondere der deutschen Mitteleuropadiskussion gesehen werden muß, weil sie als ein Ansatzpunkt zur Aushebelung der Versailler Friedensregelung geeignet schien. Insofern ist auch Sch.s These von der „Selbstzerstörung Mitteleuropas im Zweiten Weltkrieg“ (S. 64-68) falsch, da sie so etwas wie eine politische Einheit Mitteleuropas voraussetzt. Diese hat es niemals gegeben. Was indes zerstört wurde, war eine Option auf die Zukunft, ein möglicher Ansatz auf dem Weg zur Überwindung der vom Nationalismus gezogenen Gräben in der mitteleuropäischen Staatenwelt infolge der Vergewaltigung dieser facettenreichen und vielschichtigen Idee durch NS-Deutschland. Dennoch konnte die Idee überleben: Der systemische Konflikt der Nachkriegszeit ließ die Schaffung eines neu zugeschnittenen Mitteleuropa der „ostmitteleuropäischen“ Staaten als „dritter Weg“ zwischen Ost und West manchen ostmitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen attraktiv erscheinen, möglicherweise gerade weil dessen Chancen auf Verwirklichung gleich Null waren. Der Vf. vermag zu zeigen, daß diese Idee auch westlich des „Eisernen Vorhangs“ Anziehungskräfte zu entfalten vermochte. Wenn er jedoch resümierend feststellt, daß die anstehende Osterweiterung der Europäischen Union einer neuen Form mitteleuropäischer Identität den Weg bereiten könnte, übersieht er, daß es sich bei der EU um ein genuin westeuropäisches Erzeugnis handelt, dessen